

Online-Rezensionen zur Liberalismusforschung 1/2010

Linksliberalismus in Preußen. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DStP 1919–1932.

Hrsg. von Volker Stalmann, 2 Bde. Düsseldorf: Droste (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 11), 2009, CXL + 1306 S., 41 Fotos, ISBN: 978-3-7700-5288-2

Diese monumentale Edition rechtfertigt sich allein schon deshalb, weil sie einer einzigartigen Quelle gilt: Bislang sind für die Zeit vor 1933 keine anderen Protokolle liberale Fraktionen in den großen deutschen Parlamenten bekannt. Zwar sind für die Weimarer Zeit die Vorstandssprotokolle von DDP und DVP auf Reichsebene veröffentlicht worden,¹ aber die Pendants der jeweiligen Reichstagsfraktionen fehlen. In gewisser Weise könnte sie auf linksliberaler Seite durch die jetzt vorliegenden Besprechungsmitschriften für die Fraktion im größten und bei weitem wichtigsten Teilstaat des damaligen Deutschen Reiches ersetzt werden, zumal sie um rund 60 % umfangreicher sind als jener früher editierter Textkorpus. Ob sie ähnlich gewichtig sind und es sich bei den Landtagsfraktionsprotokollen in der Tat um eine „erstklassige Quelle“ zur Weimarer Demokratiegeschichte handelt, wie Andreas Wirsching in seinem Geleitwort meint (S. I, V), ist nicht so leicht festzustellen. Dazu variieren die insgesamt 835 Protokollstücke aus der Zeit zwischen dem 7. März 1919 und dem 15. März 1932 in Form und Aussagekraft doch zu sehr. Den eher seltenen Ansätzen zu einem Verlaufsprotokoll stehen vielfach reine Ergebnisprotokolle gegenüber, die sich zudem ganz oft nach der anstehenden Tagungsordnung für das Landtagsplenum richteten.

Wer vornehmlich an reiner Parlamentarismusgeschichte interessiert ist, hat hier ein Fundgrube, zumal die Bezüge vom Bearbeiter vorbildhaft hergestellt werden. Schwieriger gestaltet sich sicherlich die Analyse der Protokolle für die Liberalismus-Forschung, da, selbst wenn die Argumente festgehalten werden, dies häufig in stark paraphratischer Form geschieht und wichtige Informationen wie Dauer der Sitzung, Namen der Anwesenden und des Diskussionsleiters – im Gegensatz zum Protokollanten – meistens fehlen; in dieser Hinsicht sind die Vorstandssprotokolle der DDP auf Reichsebene doch informativer. Dass auf diese Formalia verzichtet wurde, lag möglicherweise auch an der mangelnden „Fraktionsdisziplin“ der preußischen DDP-Abgeordneten, die schließlich auch aktenkundig wurde (S. II, 1160, vgl. I, XXVII).

Natürlich enthält die Edition trotzdem viel Material, so dass die Entwicklung des Weimarer (Links-)Liberalismus zwar nicht gänzlich neu beleuchtet wird, aber man doch im Detail Neues und auch Interessantes erfährt. Vom politischen Rückhalt her gesehen nahm die DDP in Preußen eine ganz ähnliche Entwicklung wie im Reich, auch hier gab es fast permanent Wahlverluste, die schließlich 1932 zur parlamentarischen Marginalisierung führten, weswegen die Protokolle dann aufhörten. Im Unterschied

¹ Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933. Hrsg. von Lothar Albertin und Konstanze Wegner. Düsseldorf 1980 u. Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933. Hrsg. von Eberhard Kolb und Ludwig Richter. 2 Bde. Düsseldorf 1999

zur Reichsebene war die Partei aber in Preußen fast durchweg in die Regierungsarbeit eingebunden und zwar – abgesehen von kurzen Zwischenphasen – in eine Weimarer Koalition unter Führung der Sozialdemokratie. Das heißt, die Fraktion hatte häufig auf ein oder zwei Minister Rücksicht zu nehmen, die – insbesondere ab 1925 durch Hermann Höpker Aschoff und Walter Schreiber – natürlich wiederum ihrerseits Einfluss auf die Fraktion nahmen. Das verhinderte aber nicht, dass vor allem in den Anfangsjahren die DDP-Minister zum Teil heftiger Kritik ausgesetzt waren, so Innenminister Dominicus (vgl. S. I, 495), Landwirtschaftsminister Wendorff (vgl. II, 696) oder der parteilose, aber der DDP zugerechnete Kultusminister Becker (vgl. S. II, 844). Später galt dies dann auch für Reichsfinanzminister Hermann Dietrich (vgl. S. II, 1157 u. 1175), wie sich überhaupt die Landes-DDP nicht selten mit der Reichspolitik beschäftigte und beispielsweise den Kurs von Reichskanzler Stresemann Anfang November 1923 heftig kritisierte (vgl. S. I, 697 ff).

Schreiber und Höpker Aschoff hatten dann die Fraktion besser „im Griff“, nicht zuletzt weil sie anders als beispielsweise Rudolf Oeser, zeitweise Reichsminister, permanent in „Preußen“ präsent waren. Ob die Abgeordneten allerdings ob des Rücktritts von Höpker Aschoff von der unbequemen Position des preußischen Finanzministers teilweise erleichtert waren, wie der Herausgeber meint (S. I, LXXIX f), lässt sich aus dem entsprechenden Protokoll (vgl. S. II, 1183 f) nicht so ohne weiteres herauslesen. Eher hat man den Eindruck, dass die Fraktion, die Personalfragen und einer entsprechenden Berücksichtigung von Sympathisanten bei den öffentlichen Ämtern viel Aufmerksamkeit widmete, dies als Rückschlag und Niederlage empfand. Aber anders als sonst forderte sie in diesem Fall keine „Entschädigung“. Über das hervorragende Register lassen sich noch eine Vielzahl andere thematischen Diskussionen erschließen, wobei man mitunter gern mehr erfahren würde als die Protokolle hergeben. Leider wurden nur selten die aus heutiger Sicht so spannenden Debatten etwa über den Niedergang der eigenen Partei (vgl. S. II, 1082 f) oder den Umgang mit der NSDAP (vgl. S. II, 1194 f) festgehalten. Letzteres wurde erstaunlich spät thematisiert, nämlich Ende 1931, als das Scheitern der Regierung Brüning absehbar war, dabei spaltete sich die Fraktion u. a. in Befürworter und Gegner der Idee, die Nationalsozialisten an den Regierungen zu beteiligen.

Hinsichtlich der permanenten Wahlverluste sah man diese zwei Jahre zuvor, also noch vor dem eigentlichen Beginn der Weltwirtschaftskrise, vor allem im mangelnden eigenen Profil begründet. So meinte der spätere Ost-CDU-Politiker Otto Nuschke: „...die Demokraten haben zur Zeit nichts aufzuweisen, was sie begehrenswert macht“. (S. II, 1083). Wenn das zutreffend war, dann hatte die Fraktion aber maßgeblichen Anteil daran. Denn sie zeigte sich des Öfteren zerrissen zwischen programmatischem Anspruch, der solide Finanzen und den Vorrang der Privatwirtschaft vorsah (vgl. etwa S. II, 907 f u. 1084 ff), und den Interessen der Klientel. Reichsgeschäftsführer Werner Stephan erklärte 1927 vor der Fraktion: „Lehrer und Kommunalbeamte sind unsere wichtigsten Leute“. (S. II, 966). So nahmen die Diskussionen über Probleme der (Volksschul-)Lehrer und „Beamteninteressen“ einen großen Raum ein, wobei die Fraktion dabei auch die Konfrontation mit den eigenen Finanzministern in Preußen und im Reich nicht scheute (vgl. S. II, 954 u. 1175).

Das hatte sicherlich auch mit der Sozialstruktur zu tun, bei der die Beamten mit rund 40 % der Abgeordneten dominierten (S. I, XIV f). Daneben trat man aber auch für spezielle mittelständische Interesse, etwa der Bauwirtschaft, ein (vgl. S. II, 858). Natürlich gab es auch jede Menge Diskussionsstoff jenseits von wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, etwa das „Preußen-Konkordat“ wie überhaupt konfessionelle Probleme oder aber die Koalitionspolitik, aber dem Herausgeber ist sicherlich zuzustimmen (S. I, LI), dass die Bedeutung der Steuer- und Wirtschaftspolitik in den Fraktionsdebatten schon auffällig ist. Aber – wie gesagt – sie erschöpften sich darin nicht.

Der nunmehr in Berlin residierenden „Parlamentarismuskommission“ ist sicherlich nachdrücklich zu danken, dass sie mit großem Aufwand diese Quellenedition vorgelegt hat. Dass man sich von ihr aus Sicht der Liberalismusforschung vielleicht noch mehr historische Aussagekraft erwünscht hätte, dafür kann man den Editor nicht verantwortlich machen. Das liegt an den Urhebern, die pragmatisch und nicht in historischen Perspektiven dachten. Angesichts der sonst zu beklagenden Verluste an Quellen zum vor-bundesrepublikanischen Liberalismus darf man getrost froh sein, dass nun wenigstens diese Quelle allgemein zugänglich ist. Sie wird für die Historiographie von Weimar gewiss noch eine ge- wichtige Rolle spielen.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich